

## Schweiz

## Der IV droht eine neue Sparrunde

Der Bundesrat schickt demnächst eine neue Reform der Invalidenversicherung ans Parlament. Die bürgerlichen Parteien wollen daraus eine Sparvorlage machen und ein Mindestalter für IV-Renten prüfen.

Markus Brotschi  
Bern

In einem Jahr muss die Invalidenversicherung (IV) wieder ohne den jährlichen Mehrwertsteuerzuschuss von 1,1 Milliarden Franken auskommen. Zwar wird die IV laut den Finanzprognosen des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV) auch ohne diese Geldspritze schwarze Zahlen schreiben und ihre Schuld von über 11 Milliarden bei der AHV tilgen. Doch die bürgerlichen Finanz- und Sozialpolitiker sowie die Wirtschaftsverbände trauen den Zusagen nicht. Insbesondere bezweifeln sie, dass die IV wie vorgesehen bis 2030 ihre Schulden zurückzahlt. Sie wollen deshalb die nächste IV-Revision dazu nutzen, die Kosten der Sozialversicherung weiter zu senken.

Der Bundesrat dürfte die Vorlage an einer seiner nächsten Sitzungen bereinigen und ans Parlament schicken. Sozialminister Alain Berset sieht die Reform allerdings nicht als Sparvorlage, sondern als «Weiterentwicklung der IV». Diese soll in erster Linie die Arbeitsintegration von jungen Erwachsenen mit gesundheitlichen Einschränkungen und von psychisch Kranken verbessern. Jugendliche und junge psychisch Kranke werden an den Übergängen zwischen Schule, Ausbildung und Berufsleben künftig besser unterstützt. Dazu wird das Instrumentarium der IV zur Vermeidung von Invalidität auf Jugendliche ausgedehnt, die noch nicht im Arbeitsmarkt sind. Zudem werden finanzielle Fehlanreize der IV beseitigt, die junge Erwachsene heute abhalten, eine Lehre im freien Arbeitsmarkt zu absolvieren.

## Stossende Ungleichbehandlung

Diese Integrationsmassnahmen werden zwar von links bis rechts unterstützt. Doch Sozialpolitiker von SVP, FDP und CVP wollen, dass die Revision zu unmittelbaren Einsparungen führt. Die IV habe nach dem Wegfall der Zusatzfinanzierung, die der IV seit 2011 jährlich 1,1 Milliarden brachte, weiterhin ein Strukturproblem, sagt FDP-Nationalrat Bruno Pezzatti. Die FDP will deshalb zwei sistierte Sparmassnahmen aus der 2013 gescheiterten IV-Revision 6b aufnehmen: die Kürzung der Kinderrenten und Reisespesen.

CVP-Nationalrätin Ruth Humbel fordert ebenfalls die Senkung der Kinderrenten. Heute erhalten IV-Rentner pro Kind eine Unterstützung von 40 Prozent ihrer Invalidenrente, mindestens 470 Franken (beim Bezug einer Vollrente). Dies führe zu teilweise stossenden Ungleichbehandlungen gegenüber Erwerbstätigen, sagt Humbel. Die minimale Kinderzulage für Erwerbstätige be-



Behinderte Kinder in Zürich: Die Behindertenverbände wehren sich gegen weitere Sparmassnahmen bei der IV. Foto: D. Steinmann

trägt 200 Franken im Monat. Die Rückerstattung der Reisekosten für medizinische Behandlungen und Eingliederungsmassnahmen durch die IV soll nach Meinung Humbels ebenfalls restriktiver gehandhabt werden. Die Einsparungen bei Kinderrenten und Reisevergütungen hatte der Bundesrat 2011 noch selbst vorgeschlagen, mit einem jährlichen Spareffekt von 180 Millionen.

## Arbeitgeber für Mindestalter 30

Noch weiter gehen wollen die Wirtschaftsverbände. Künftig sollen keine IV-Renten mehr an unter 30-Jährige ausgerichtet werden, fordert der Arbeitgeberverband. Ausgenommen wären Menschen mit schweren Geburtsgebrechen. Stattdessen soll die IV für unter 30-Jährige nur noch befristete Taggelder ausrichten, die mit Eingliederungsmassnahmen verknüpft werden. Bei SVP und FDP stossen diese Vorschläge auf offene Ohren. Hans-Ulrich Bigler, FDP-Nationalrat und Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands, will bei den Mitgliedern der Sozialkommission dafür werben, dass die Einführung der Altersgrenze

Teil der Revision wird. Auch CVP-Nationalrätin Humbel hält die Altersgrenze für «prüfenswert». Der Arbeitgeberverband betont, dass es sich nicht um eine kurzfristige Sparmassnahme handle. Zunächst könnten die zusätzlichen Integrationsbemühungen sogar Mehrkosten verursachen.

Die SP will dagegen verhindern, dass aus der bundesrätlichen Integrationsvorlage eine Sparvorlage wird. SP-Nationalrätin Silvia Schenker hofft auf die Unterstützung der Mitteparteien CVP, GLP und BDP. Optimistisch stimmt sie der Beschluss des Ständerats vom Dezember, auf die vom Nationalrat beschlossene Streichung der Kinderrenten für AHV-Bezüger zu verzichten.

Gegen neue Sparmassnahmen wehren sich auch die Behindertenverbände. Die IV-Sanierung sei auf Kurs, wie die Zahlen des BSV zeigten, sagt Marc Moser vom Dachverband Inclusion Handicap. «Es ist nicht nötig, noch mehr auf dem Buckel von Menschen mit Behinderungen zu sparen.» «Sehr dezidiert» äussert sich der Verband gegen ein Mindestalter für IV-Renten. Viele Menschen mit

schweren Behinderungen könnten selbst bei optimaler schulischer und beruflicher Begleitung nicht oder nur sehr eingeschränkt in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden.

## Integrationsdruck erhöhen

Die Forderung nach einem Mindestalter für IV-Renten wird allerdings nicht nur von bürgerlichen Politikern unterstützt, sondern auch von einigen Experten. Der Psychologe Niklas Baer, Mitautor mehrerer Studien zur schwierigen Arbeitsintegration junger psychisch Kranker, erhofft sich vom Verzicht auf Rentenzahlungen an unter 30-Jährige, dass der Integrationsdruck auf alle Akteure erhöht wird.

Die jungen Erwachsenen und die psychisch Kranken bilden jene zwei Gruppen, die der IV trotz bisheriger Reformen mit strengerer Rentenpraxis und verstärkten Integrationsversuchen Probleme bereiten. Bei den 18- bis 24-Jährigen stagniert die Zahl der Neurenten seit 2001, während sie bei den anderen Altersgruppen stark zurückging. Zudem wird fast jede zweite Rente wegen einer psychischen Erkrankung gesprochen.

IV-Finanzen

## Arbeitgeber zweifeln an positiven Prognosen

Das Bevölkerungswachstum soll der IV deutlich höhere Einnahmen beschern. Der Arbeitgeberverband hält die Erwartungen für überzogen.

Zur Sanierung der Invalidenversicherung (IV) wurden seit 2004 vier grosse Schritte unternommen. Diese führten zu einer Verschärfung der Rentenpraxis und einer Halbierung der Zahl der Neurenten. Mit verstärkter Missbrauchsbekämpfung, besserer Wiedereingliederung sowie zusätzlichen Einnahmen fand die IV den Weg aus der jahrelangen Defizitwirtschaft. Die Zusatzfinanzierung mit 0,4 Prozent Mehrwertsteuer erhielt die IV erstmals 2011. Dank der jährlichen Steuereinnahmen von 1,1 Milliarden Franken schreibt die Sozialversicherung seither wieder schwarze Zahlen.

Die Zusatzfinanzierung, die Volk und Stände 2009 bewilligten, war von Beginn weg auf sieben Jahre befristet. Ab 2018 muss die IV wieder mit den ordentlichen Einnahmen - Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge sowie Bundesgelder - auskommen. Auch muss sie die Schuldzinsen an den AHV-Fonds wieder selbst bezahlen, die während sieben Jahren der Bund übernahm. Die 0,4 Pro-

zentpunkte Mehrwertsteuer sollen ab 2018 in den Bahninfrastrukturfonds (0,1 Prozent) fließen und der AHV (0,3 Prozent) zugutekommen.

Gemäss den Finanzperspektiven des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV) wird die IV 2018 aber trotz Wegfall der Mehrwertsteuer ein positives Betriebsergebnis von 222 Millionen Franken erzielen (siehe Grafik). Die Überschüsse erhöhen sich danach kontinuierlich und überschreiten 2025 die Milliardengrenze. Bis 2030 soll die IV ihre Schulden beim AHV-Fonds vollständig

getilgt haben. Bis 2035 öffnet die IV gar einen Kapitalsockel von 15 Milliarden Franken. Ende 2016 stand die IV bei der AHV noch mit über 11 Milliarden in der Kreide.

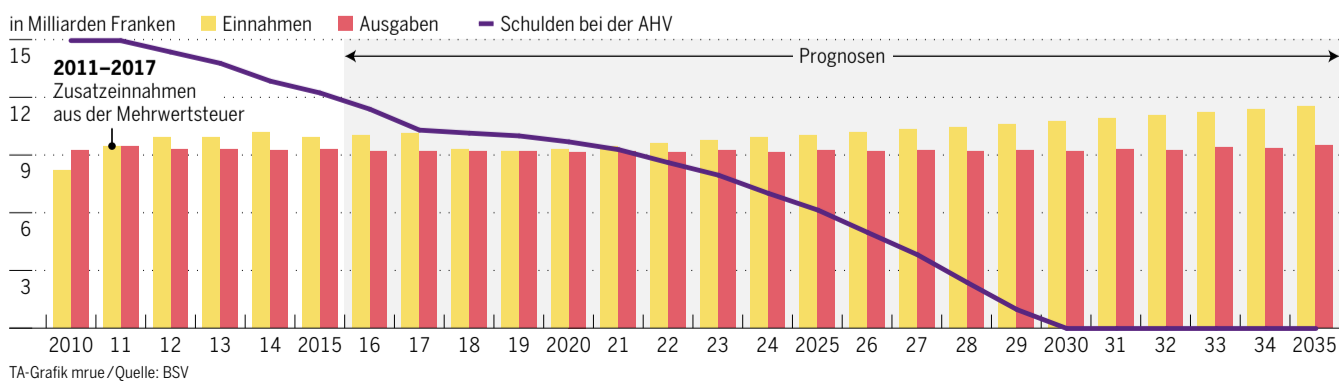
## Kritik an Wachstumsszenario

Der Arbeitgeberverband zweifelt die positiven Prognosen des BSV jedoch. Geschäftsleitungsmitglied Martin Kaiser kritisiert vor allem die Einnahmenschätzungen des BSV. Demzufolge würden die Erträge aus den Lohnbeiträgen von heute 5,2 auf 6,5 Milliarden Franken im

Jahr 2030 steigen. Grundlage dieser Schätzung ist die Annahme, dass die Schweiz bis 2030 im Schnitt jährlich fast 1 Prozent Bevölkerungszuwachs und dadurch eine starke Zunahme der Erwerbsbevölkerung hat. Dieses Wachstumsszenario, das auf einer anhaltend hohen Einwanderung von durchschnittlich 60 000 Personen netto pro Jahr beruht, hält Kaiser angesichts der Forderungen der Masseneinwanderungsinitiative sowie der stark steigenden Rentnerzahl für unrealistisch.

Markus Brotschi

## Bis 2030 soll die IV laut Prognosen des Bundes gesunden

Diplomatie  
by Adolf Ogi

Wenn der chinesische Präsident nach Bern kommt, sollte besser jemand einen Bergkristall im Sack haben.  
Ein Rückblick von Philipp Loser

Nächsten Sonntag landet Präsident Xi Jinping in der Schweiz, zum ersten chinesischen Staatsbesuch seit 1999. Vorgehen ist ein Galadiner, vorgesehen sind Arbeitsgespräche, vorgesehen sind Proteste von Menschenrechtsorganisationen. Nicht vorgesehen sind die protokoliarischen Fehler von damals. Sie wissen schon. Der legendäre Besuch des damaligen Präsidenten Jiang Zemin 1999. Als die zweitägige Reise des Chinesen eine mittlere Staatskrise auslöste. «Sie haben einen guten Freund verloren», sagte der erboste Zemin Bundespräsidentin Ruth Dreifuss, die zuvor vielleicht einmal zu oft die Situation der Menschenrechte in China angesprochen hatte.

Man liest es eigentlich immer, wenn es um die Beziehungen der Schweiz mit China geht. Was man leider viel zu selten liest, ist die Schilderung des einen Helden dieses Tages (neben Dreifuss natürlich: Man muss auch zuerst mal den Magen haben, den chinesischen Präsidenten bei einem Staatsbesuch andauernd mit Menschenrechten zu belästigen).

## Als wäre es gestern

Anruf in Kandersteg. «Warten Sie, ich muss das Langlauf-Rennen leiser stellen.» Dann ist Adolf Ogi parat. Ohne Zögern, ohne Vorlaufzeit, schildert der damalige Verteidigungsminister und Vizebundespräsident den Besuch der Chinesen (ja, als wäre es gestern gewesen). Ruth Dreifuss holt den chinesischen Präsidenten in Genf ab und fährt ihn mit dem Zug nach Bern. «Doch statt die Seen und die Berge zu rühmen, redet meine liebe Kollegin Ruth über die Menschenrechte.» Zemin's Laune: bescheiden. Und da hat er noch keinen einzigen tibetischen Demonstranten gesehen.

Die kommen erst in Bern dazu, stehen auf dem Bundesplatz und dem Dach der UBS, und der Präsident verschanzte sich. So wird er die Ehrengarde nicht abnehmen, so kommt er überhaupt gar nicht. Der Kompromiss ist eine gepanzerte Limousine. Vollgas vors Bundeshaus, Vollgas ins Bundeshaus. Es folgt der Austausch der erwähnten Nettigkeiten. «Madame, sie sind nicht fähig, dieses Land zu regieren», sagt der Präsident an die Adresse von Dreifuss. Dann sagt lange niemand mehr etwas, die Arbeitsgespräche werden abgesagt. «Es war dann an mir, eine Cooling-down-Phase abzuhalten», erzählt Ogi. Weil er den opulentesten Raum aller Bundesräte zur Verfügung hat und weil er erst kurz vor dem Besuch China besucht hatte. Am Schluss lächelt der Chinese wieder, das Schlimmste scheint abgewendet.

Doch das ist vor dem Galadiner. Jiang Zemin wird um die ewig lange Tafel im Berner Rathaus an den falschen Platz geführt. «Der Präsident hat geschäumt, er war wie ein Vulkan. In seiner Heimat würde ein solcher Mitarbeiter sofort entlassen, meinte er», berichtet Ogi.

## «You are not leaving!»

Ruth Dreifuss beginnt ihre Rede, es sei erneut um Menschenrechte gegangen, sagt Ogi (da widersprechen sich die Quellen), und jetzt ist es dem Chinesen zu viel. Er steht schon halb, «I'm leaving!», Ogi schnell herum, drückt den Präsidenten mit zwei Armen auf seinen Sitz zurück, «You are not leaving!» Natürlich wisse er, dass man einen Chinesen nicht so abrupt anfassen dürfe. «Aber stellen Sie sich die Katastrophe vor, wenn der tatsächlich gegangen wäre!» Der Präsident verlangt Stift und Papier, nimmt den Bleistift von Ogi in die Faust und zeichnet - kein Witz - eine chinesische Blume. Ogi wiederum langt in seine linke Hosentasche, wo er seit Jahren einen kleinen Bergkristall mit sich herumträgt. Es folgt die Bergkristall-Rede, die viele Staatsführer von Adolf Ogi aus Kandersteg hören durften. Der chinesische Präsident wird immer ruhiger. Kristall wechselt Besitzer, Tag gerettet.

Irgendwo im Bundeshaus wird es sicher noch irgendwo einen alten Ogi-Kristall geben. Vielleicht sollten ihn Bundespräsidentin Doris Leuthard besser einpacken. Man weiss ja nie.